

## → Befreiung der Politik zu langfristigem Denken

### Tagung mit Bundespräsident Johannes Rau im Berliner Ernst-Reuter-Haus



Difu-Institutsleiter  
Prof. Dr. Heinrich Mäding

Am 26.5.2004 besuchte Bundespräsident Johannes Rau als Gastredner das Berliner Ernst-Reuter-Haus. Anlass war die Tagung Befreiung der Politik zu langfristigem Denken der Bergischen Universität Wuppertal, Forschungsstelle Bürgerbeteiligung, auf der ausgehend vom Konzept der Planungszelle über eine problem-adäquate Umgestaltung politischer Kommunikationsprozesse referiert und diskutiert wurde. Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Heinrich Mäding und Prof. Dr. Peter Dienel begrüßten Bundespräsident Rau vor dem Ernst-Reuter-Haus.

Professor Mäding griff in seiner Begrüßungsrede das Thema "Bürgerbeteiligung und lokale Demokratie" auf:

Zu unserer lokalen Demokratie, die mit dem Namen "Kommunale Selbstverwaltung" keine besonders mitreißende Bezeichnung trägt, gibt es keine grundlegende überlegene Alternative. Versuchte man, sich in einem Gedankenexperiment eine solche Alternative zur lokalen Demokratie auszudenken, würde man rasch scheitern: Es gibt örtliche Aufgaben und diese sollten von Personen vor Ort verhandelt und entschieden werden, nicht in Berlin, auch nicht in Düsseldorf oder München. Dafür sprechen Argumente der Effizienz, beispielsweise Sachkunde durch Ortsnähe, und der Präferenzberücksichtigung wie Bürgernähe durch Ortsnähe. Fraglich ist jedoch, was genau zu diesen Aufgaben zählen sollte und wie eng, wie weit der Rahmen ist, der der "freien" Entscheidung vor Ort gelassen wird.

Diese Personen vor Ort sind in langer Tradition gewählte Bürger im Rat, die ehren-amtlich tätig sind, und professionell vorgebildete Angestellte, die in der Verwaltung beruflich arbeiten. Auch hierfür sprechen Argumente der Effizienz, hier die Sachkunde durch Verwaltung und der Präferenzberücksichtigung wie "Bürgernähe" durch Wahl und Wiederwahlstreben. Fraglich ist, wie sie sich untereinander diese Arbeit teilen und ob und wie dieses Zusammenwirken durch eine direkte Beteiligung der Bürger ergänzt werden kann, soll oder muss.



Foto: Wolf-Christian Strauss

Zum Verhältnis zwischen verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung und dem Rat führte Heinrich Mäding aus:

"Sogar im Bereich der Finanzwirtschaft wird unter der Formel "Bürgerhaushalt" nach neuen Wegen einer breiteren Bürgerbeteiligung gesucht. Dennoch bleibt klar, dass es um die Entwicklung von Vorschlägen geht. Die letzte Entscheidung liegt beim Rat.

Doch kann eine derart formelle Betrachtung auch täuschen. Auf Dauer gewinnt man Bürger zu aufwändiger Kommunikation, zu vielen ermüdenden Debatten nur dann, wenn deren Ergebnisse nicht einfach nur gedankliches Spielmaterial bleiben, mit dem der Rat tun und lassen kann, was er will. Sein Abweichen von weitgehend konsensueller Bürgerposition schafft neue Begründungszwänge, die Bürgerbeteiligung verteilt gleichsam die Beweislasten neu. Die Ergebnisse haben entscheidungsprägende Wirkung, vielleicht nicht in jedem Einzelfall, aber in der großen Mehrheit der Fälle."

### **Resümee:**

"Aufgabenspektrum und Autonomie, Handlungsraum und Handlungskraft der lokalen Gebietskörperschaften sind in Deutschland in den zurückliegenden Jahren geschrumpft, und es ist kein Ende dieses Prozesses in Sicht. Der Attraktivität, sich dort zu beteiligen, tut das nicht gut. Sorgenvoll befürchten Beobachter, dass davon ein Einfluss auf die Rekrutierung des politischen und administrativen Personals, eine Gefahr für seine Qualität, ausgehen kann. Zurzeit sieht es so aus, als sei der Rat, Inbegriff repräsentativer Demokratie auf der lokalen Ebene, der relative Verlierer, der wenn seine Mitglieder sich nicht in die entstehenden intermediären Gremien einbringen auch durch die direkten Beziehungen zwischen Verwaltung und Bürger gleichsam übersprungen wird."

Abschließend sprach Heinrich Mäding die Geschichte des Ernst-Reuter-Hauses an:

"Gebaut 1938/39 für den Deutschen Gemeindetag, die Zwangsvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände, ist es das einzige verbliebene architektonische Symbol der pompösen Selbstinszenierung und der Machtphantasien des nationalsozialistischen Staates an der von Speer geplanten Ost-West-Achse einer gedachten Welthauptstadt Germania. Diesem System fehlten nicht die leistungsfähigen



Foto: Wolf-Christian Strauss

Verwaltungsleute und nicht die Bürger, die mitmachten, sondern ihm fehlten Rechtsstaat und Demokratie, gerade auch lokale Demokratie. Das ist der unvergessene Hintergrund, vor dem nicht nur diese Tagung zu sehen ist, sondern auch die gesamte wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Instituts für Urbanistik, das sich als Stütze versteht nicht nur für eine effektive Verwaltung, sondern für eine nachhaltige und demokratische lokale Politik."

### **Weitere Informationen:**

**Prof. Dr. Heinrich Mäding**



